Die Untersuchungsergebnisse beweisen, daß die "IGfM" nach wie vor

- in Fällen von sogenannten Familienzusammenführungen auf die "dafür zuständige" und vom BMB beauftragte Rechtsanwältin [REDACTED] und deren kostenlose Beratung zu diesen Fällen verweist,
- Unterstützung bei der Durchsetzung von Übersiedlungsvorhaben von DDR-Bürgern anbietet für den Fall, daß die DDR-Bürger "Schikanen" in der DDR ausgesetzt sind oder der Ausreiseantrag über längere Zeit "erfolglos" bleibt (wobei in einem Fall mit einer 6monatigen "Bearbeitungsfrist" für die DDR-Organe spekuliert wurde),
- für ein Tätigwerden ihrerseits eine Vollmachtserteilung und die Übermittlung von Angaben zu den betreffenden DDR-Bürgern verlangt,
- die Übermittlung weiterer Informationen abfordert über Aktivitäten der DDR-Bürger im Rahmen ihrer Ausreisebemühungen und darauf erfolgte Reaktionen der staatlichen Organe der DDR, über die derzeitige Lebenssituation dieser DDR-Bürger und über alle Veränderungen in der Ausreiseangelegenheit dieser Familien, insbesondere über sogenannte Schikanen und Benachteiligungen aufgrund ihrer Ausreisebemühungen,
- Hinweise insbesondere an die Kontaktpartner in der BRD zur wirksamen Unterstützung der übersiedlungersuchenden DDR-Bürger erteilt, wozu u.a. die bekannte Instruktionsschrift übersandt wird,
- den DDR-Bürgern die Aufnahme ihres "Falles"
 - . in ihre "KSZE-Dokumentation Wien 1987" (dazu wurden sogenannte "KSZE-Formulare" verschickt) und
 - . in ihre an die UNO-Menschenrechtskommission in Genf gerichtete "Sammelbeschwerde" (sog. 1503-Verfahren) anbot,
- die Übersendung von Familienfotos verlangt, wenn die DDR-Bürger ausdrücklich eine Veröffentlichung anstreben. In Einzelfällen wurden von Kontaktpartnern im Ausland von den übersiedlungersuchenden DDR-Bürgern "geeignete" Fotos